

## Handeln bevor es zu spät ist



lic. iur.  
Christoph  
Spiess,  
e. Gemeinderat,  
Co-Zentral-  
präsident,  
Zürich

Seit Jahren schon sehen wir jeden Tag Bilder von Menschenmassen, die mit allen Mitteln den Zutritt nach West- und Nordeuropa erzwingen wollen. Mal schippern sie übers Meer, mal erfolgt der Einmarsch zu Lande. Der Krieg in Syrien mag die Lage verschärft haben. Hauptursache der Migrantenfut ist aber das unkontrollierte Bevölkerungswachstum vor allem in Afrika und im südlichen Asien in Verbindung mit dem enormen Wohlstandsgefälle zwischen Westeuropa und diesen Regionen. **Der Migrationsdruck auf den europäischen Kontinent wird deshalb unabhängig vom Geschehen in Syrien weiter zunehmen.** Dies gilt umso mehr, als die fortschreitende

POSTCODE

AZB 3001 Bern

### Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs

der Asylantenwelle alle Schleusen geöffnet hat. Ursprünglich gab es nur das «politische Asyl». Dieses gewährte der Staat Personen, die im Herkunftsland wegen ihrer politischen Meinung unter Ver-

folgung litten. Schon bald erhielt auch Unterschulpi, **wer zum Beispiel behauptete, wegen seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit oder wegen seiner Homosexualität benachteiligt zu werden.** Dann folgte gar die Asylgewährung für Dienstverweigerer, also für Personen, die sich in ihrer Heimat ganz einfach weigern, ihre Bürgerpflichten zu erfüllen. Inzwischen sind wir so weit, dass auch Kriegsgeschädigte aus den zahlreichen Konfliktgebieten der Welt als «Flüchtlinge» gelten. Davon gibt es viele Millionen!

**Auch wer kein Asyl bekommt, wird meistens wegen des fragwürdigen Non-Refoulement-Prinzips «vorläufig aufgenommen» und bleibt schliesslich hier.**

So schafft man Anreize für immer mehr Wirtschaftsmigranten, sich in Richtung Europa in Marsch zu setzen! Wer aus politischen Gründen verfolgt, eingesperrt oder gar gefoltert wird, sucht am nächstgelegenen sicheren Ort und möglichst im angestammten Kulturkreis Zuflucht. Solche Menschen hoffen, bald in ihre Heimat zurückkehren zu können.

**Der arabische Raum ist gross genug und könnte locker alle Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan usw. aufnehmen.**

Doch dorthin wollen sie nicht. Nein, die Reise geht zielstrebig – quer durch mehrere sichere Transitländer – nach «Germany», nach Schweden oder in die Schweiz. Wir haben es nicht mit einem Flüchtlingsstrom, sondern mit einer



Die jungen Männer aus Eritrea sind in ihren Ländern keineswegs bedroht!

Eidgenössische Volksabstimmung vom 5. Juni 2016

### Nein zur Änderung des Asylgesetzes

Nein zu Gratisanwälten – noch mehr Attraktivität für Asylbewerber!

Nein zu Enteignungen – der Staat quartiert Asylbewerber ein und macht Hauseigentümer zu Besitzlosen!

Wollen Sie finanzielle Vorzüge für Asylbewerber und eine totalitäre Rechtsordnung?!

**Dann stimmen auch Sie Nein zur Änderung des Asylgesetzes.**

### gezielten Invasion Westeuropas

zu tun. Dazu brauchen die modernen Eroberer keine Panzer und Kanonen. Ihre schiere Zahl ist auch ihre siebringende «Waffe». Dagegen versagt, wenn sie erst einmal hier sind, die ganze zivilisatorische, technologische und militärische Überlegenheit der europäischen «Bleichgesichter».

Nahezu 100% der angeblichen «Flüchtlinge» kommen aus einem unserer (durchwegs sicheren) Nachbarländer und müssten an sich gemäss den «Dublin»-Regeln dorthin zurückgeschoben werden können.

Fortsetzung Seite 2

**Die SD unterstützen das Referendum gegen die sogenannte Weiterentwicklung der Armee. Mit einem Heer von nur noch 100'000 Personen wird die gesamte Armee faktisch abgeschafft.**

**Handeln bevor es zu spät ist**

Fortsetzung von Seite 1

Doch das funktioniert nicht, weil sie fast überall unkontrolliert über unsere Landesgrenze schleichen und wir nachher nicht mehr beweisen können, woher sie gekommen sind. Das einzige Mittel, die Invasion zu stoppen, ist die

**umfassende Sicherung der Schweizer Landesgrenze!**

Diese ist zwar im Verhältnis zur Fläche des Landes sehr lang, folgt aber zu einem grossen Teil natürlichen Hindernissen wie grossen Flüssen mit starker Strömung oder unwegsamen Gebirgskämmen. Solche Grenzabschnitte zu sichern ist nicht sehr aufwändig. Die Gefahr illegaler Grenzübertritte besteht vor allem im Süden des Kantons Tessin, im Kanton Schaffhausen, in der Ajoie und vielleicht noch an einigen Grenzabschnitten im Jura und bei Genf.

**Hier wird es zumindest streckenweise moderne, militärisch streng bewachte Grenzschutzanlagen brauchen, um die illegale Immigration zu stoppen.**

Das kostet einiges und bringt auch für uns Einheimische Einschränkungen, indem wir zum Beispiel nicht mehr als Wanderer frei über die Grenze gehen können. Doch das heutige Asylanten(un)wesen kostet noch viel mehr, und

**eine Alternative gibt es nicht**

– ausser wir wollen uns von der Süd-Nord-Völkerwanderung überrennen lassen, was zur Aufgabe unserer Kultur, Wesensart und Selbstbestimmung führt. **Auf Mutti Merkels «europäische Lösung» zu warten, ist jedenfalls sinnlos.**



Die SD fordern ein Grossaufgebot der Armee zur Sicherung der Landesgrenzen.

**Den EU-Ländern fehlt nicht nur das nötige Geld, um Tausende von Kilometern «Ausgangsgrenze» polizeilich und militärisch abzuriegeln, sondern auch der politische Wille dazu.**

Statt etwa Schlepperboote konsequent am Überqueren des Mittelmeeres zu hindern, fischt man deren Passagiere aus dem Wasser und bringt sie nach Europa. Das macht die illegale Migration risikoarm und damit noch attraktiver. Die Schweiz hat sich leider auch im Asylbereich in ein Gewirr von völkerrechtlichen Verträgen verstrickt. In den Siebzigerjahren verfiel man zudem auf die unselige Idee, ein eigentliches Asylgesetz zu

erlassen und damit einen gerichtlich einklagbaren Anspruch auf Asyl zu schaffen. Seither wird an diesem Gesetz ebenso andauernd wie wirkungslos herumgewerkelt.

**Zahlreiche Revisionen mit zahnlosen «Verschärfungen» konnten nicht verhindern, dass im Laufe der Jahre Hunderttausende als Asylbewerber ins Land kamen und grösstenteils blieben.**

So wurde die ohnehin schon sehr ausgeprägte Überfremdung und Übervölkerung der Schweiz noch wesentlich verschlimmert. Gratisanwärter für Asylanten werden viel kosten, aber die Situation nicht verbessern, sondern sie im

Gegenteil noch vollends ausser Kontrolle bringen. Dabei gäbe es eine

**ganz einfache Lösung**

Die Schweiz kündigt alle Staatsverträge, welche den Asylbereich betreffen. Dann wird im Asylgesetz ein Artikel 1a eingeführt, der etwa so lautet: «Dieses Gesetz gilt nur, wenn und solange in mindestens einem Nachbarstaat der Schweiz nachweislich Menschen unter Verfolgung, Folter oder dergleichen leiden.» Das war seit 1945 nie der Fall und wird auch in absehbarer Zukunft nicht mehr eintreten. **Dann müsste nur noch die Grenze hinreichend gesichert werden, und der ganze Asyl-Unfug wäre Vergangenheit!**

**Kapazitäten der Flughäfen:**

## Wachstumsgrenzen erreicht

Die Flughafenbetreiber sollten grundsätzliche Fragen zur Anzahl und Zusammensetzung der Flugbewegungen in den Vordergrund stellen, statt immer nur technische Randbedingungen für die Entwicklung des Luftverkehrs zu erörtern. So sollte auch der Grundsatz 6 des Sachplans Infrastruktur

der Luftfahrt (SIL), wonach die Landesflughäfen der Luftverkehrsnachfrage folgend entwickelt werden können, soweit diese mit den Grundsätzen der Nachhaltigkeit in Einklang steht, hinterfragt werden. **Wie in der Verkehrspolitik allgemein, sind nachfrageorientierte Ansätze längst überholt. Sie kön-**

**nen nicht Grundlage der Luftverkehrspolitik sein.** Notwendiges ist vom Luxus zu trennen.

**Der Grossraum Zürich ist für eine grosse internationale Drehscheibe des Luftverkehrs als Heimmarkt zu klein und zudem als Standort viel zu eng.**

Die Branche «Transitflughafen» stellt für die Metropole Zürich eine Offshore-Funktion mit bescheidener Wertschöpfung dar. **Sie führt den Raum Zürich in die Abhängigkeit von einer volatilen, auf lange Sicht nicht zukunftsfähigen Branche, dem Massentourismus in der Luft.**

Alex Schneider, Küttigen

**Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative: Die Schweizer Demokraten (SD) verlangen eine sofortige Kündigung der Personenfreizügigkeit. Zudem sollen Arbeitgeber, welche Leute aus dem Ausland rekrutieren, eine entsprechende Abgabe leisten müssen.**

# Falsche Fragen – falsche Antworten

Dem amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump wurden unter anderem folgende Fragen gestellt:

- Wie er die Rolle der USA im Rahmen der NATO sehe?
- Wie er zu reagieren gedenke, sollte ein Terrorangriff der IS mit Atomwaffen die USA treffen?
- Wie er den Atom-Deal der USA mit dem Iran beurteile?

Donald Trump machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und führte wie folgt aus: **Die Rolle der USA als Spitzenmacht der NATO sei zu teuer. Insbesondere müsste Deutschland mehr tun für den Schutz Europas gegen die russischen Aggressionen.** Dazu ist zu bemerken:

- dass die USA – durch die NATO – die 1990 abgegebenen Versprechen, einen «cordon sanitaire» zwischen den NATO-Staaten und Russland zu belassen, überall im europäischen Bereich klar gebrochen hat. **Heute stehen die NATO(lies USA)-Stützpunkte überall (von den baltischen Staaten bis zur Türkei) vor den russischen Eingangsforten.**
- dass der erneute «Kalte Krieg» ganz klar von den USA ausgeht – entgegen den expliziten Wünschen der russischen Regierung – offenbar im Interesse der amerikanischen Rüstungsindustrie. Deutschland in Europa zur Speerspitze der USA machen zu wollen, ist ein unerhörter Affront gegenüber dem noch immer von den USA besetzten Land (als Verlierer des Zweiten Weltkrieges!).
- dass der Stellvertreter-Krieg in Syrien wesentlich ein Produkt der amerikanischen Geheimdienste ist und Europa mit der Migrationswelle derart in Schwierigkeiten bringt, dass selbst die selbst schädigenden Manöver der Zentralbanken nicht mehr helfen können, sondern immer tiefer ins finanzpolitische Schlamassel führen.



*Der Krieg in Syrien ist lediglich Mittel zum Zweck. Dafür bezahlt die Bevölkerung einen hohen Preis!*

**Er – Donald Trump – würde auf einen Terrorangriff des IS mit Atomwaffen antworten.** Dazu ist zu bemerken:

- dass damit wohl der Dritte Weltkrieg – mit Atomwaffen – ausgelöst würde; von dem Albert Einstein gesagt haben soll: «Ich weiss nicht, mit welchen Waffen der Dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im Vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen!»
- dass die verhängnisvollen Entwicklungen im Nahen Osten, insbesondere in Syrien mit seinem Bürgerkrieg, den USA, den Türken und den sunnitischen Staaten zu «verdanken» ist. Nicht nur wurden die «Aufständischen» – im Wesentlichen ausländische Söldner von den USA, Saudi-Arabien und Katar bezahlt – **sie sind auch zusammen mit Frankreich und Deutschland für den Nachschub an Waffen und Munition verantwortlich zu machen.**
- dass damit das europäische Kernland mit einer Migrationswelle islamischer Völker beglückt würde, welche das «christliche» Abendland in schwerste Bedrängnis bringen müsste.

## USA fokussieren Iran

Trump beurteilt im Weiteren den Atom-Deal mit dem Iran als Desaster. Er unterstrich gleichzeitig die Bedeutung und Unverbrüchlichkeit des amerikanisch-israelischen Bündnisses; damit unterstützt er die Atommacht Israel mit ihrem erklärten Willen, die Regionalmacht Iran «unten» zu halten. Dazu ist zu bemerken:

- dass es mit dem Krieg in Syrien nicht um die betroffene Zivilbevölkerung, nicht um Menschenrechte, nicht um Humanität und nicht um einen Aufbruch zu mehr Demokratie – **sondern schlicht und einfach um Macht geht.** – Um die Macht in der Golfregion durch die alten Grossmächte der Kolonialzeit, um die Macht der sunnitischen Fürstentümer über die schiitischen Konkurrenten und nebenbei um die Vernichtung der Christen, der Alawiten, der Kurden und der Drusen und um die Sicherung des Aufmarschgebietes für die amerikanischen Truppen und jener der «Willigen» für den offensichtlich nach wie vor vorgesehenen Krieg gegen den Iran.
- dass Hillary Clinton schon im März 2012 offiziell erklärte, dass man die Aufständischen vermehrt mit Waffen, Geld und

Kommunikationsmittel versorgen will und dass die USA, Saudi-Arabien und Katar den Sold für die Kämpfer in Syrien übernehmen werden und dass Baschar al-Assad weg müsse.

- dass Iran nach Art. 3 des Atomsperrvertrages ein Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie und sogar ein Recht auf internationale Hilfe (zum Beispiel Russlands) hat, um die friedliche Nutzung der Kernenergie zu erlangen. Es gibt kein Recht auf einen Präemptiv- oder Präventivkrieg. **Solche sind als Verbrechen gegen den Frieden – so wurde es in Nürnberg definiert – einzustufen. Diejenigen, welche die Katastrophe im Nahen Orient zu verantworten haben, gehören vor den Internationalen Gerichtshof und sind entsprechend zu bestrafen.**

Zuletzt bleibt folgendes Fazit: Wir können nur hoffen, dass Donald Trump das Rennen um die amerikanische Präsidentschaft nicht gewinnen wird.

**Mit Donald Trump könnten wir sonst erleben, dass die schlimmsten weltpolitischen Befürchtungen Realität werden.**

*Valentin J. Oehen,  
e. Nationalrat, Nottwil*

**Kein endloser Wachstumswahn auf Kosten der Verkaufsgestellten! Nein zu weiteren Liberalisierungen der Ladenöffnungszeiten im Detailhandel!**

## Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten: SD gegen 24-Stunden-Gesellschaft

In der vergangenen Session gab der Nationalrat grünes Licht für einen weiteren Schritt zu vollumfänglich liberalisierten Ladenöffnungszeiten (werktags von 06.00 – 20.00 und samstags von 06.00 – 18.00 Uhr). Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen dieses Ansinnen vehement ab, **zumal der Kunde bereits heute in stark frequentierten Begegnungszonen (hauptsächlich Bahnhöfe) bis spät abends einkaufen kann.** Etliche Kantone sprachen sich zudem gegen längere Öffnungszeiten aus.

Nachdem vor drei Jahren auch das Verbot für Nacht- und Sonntagsarbeit gelockert wurde, wollen nun die SD dieser schleichenden Tendenz zur 24-Stunden-Gesellschaft entgegenzutreten.



Die Angestellten im Detailhandel wollen keine Liberalisierung!

Der Detailhandel definiert mit diesem Begehren ein angebliches Kundenbedürfnis zulasten des Verkaufspersonals, **welches danach deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen hätte und daher an einer Änderung des Status quo nichts Positives findet.** Eine zusätzliche Ausdehnung der Präsenzzeiten erschwert ausserdem die Pflege von sozialen Kontakten.

Letztlich hilft diese wenig nachhaltige Massnahme höchstens den Grossverteilern und schafft keine neuen Arbeitsplätze.

Adrian Pulver,  
SD-Zentralsekretär, Bern

## Elf Polizisten bei Angriffen verletzt

«Seit Anfang Jahr verging kaum ein Wochenende ohne Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Diesmal wurden elf unserer Kolleginnen und Kollegen verletzt», sagt VSPB-Generalsekretär Max Hofmann. Mit grosser Wut und Unverständnis hat der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB von den Vorfällen vor dem Kulturzentrum Reitschule in Bern erfahren.

Unbekannte haben auf der Schützenmattstrasse zwei Barrikaden errichtet und angezündet. Die daraufhin ausgerückten Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr wurden beim Eintreffen umgehend mit Steinen und Feuerwerkskörpern angegriffen.

Dies unter anderem von Personen, welche sich auf dem Dach der Reitschule positioniert hatten. **Elf Polizisten wurden bei den Angriffen**



Die Gewalt gegen Polizisten nimmt kein Ende.

(Bild: autonomes Kulturzentrum Reitschule in Bern)

fen verletzt. «Falls irgendein Politiker jetzt noch denkt, der VSPB würde übertreiben, dann sollen sie doch beim nächsten Vorfall die erste Patrouille bilden und die Ge-

waltbereitschaft am eigenen Leib erfahren», sagt VSPB-Generalsekretär Max Hofmann und ergänzt: «**Wacht endlich auf! Wir Polizistinnen und Polizisten haben ge-**

nug von diesem rechtsfreien Raum, der toleriert und zudem mit öffentlichen Geldern der Steuerzahler finanziell unterstützt wird.

Das waren vorsätzliche Tötungsversuche! Wer jetzt noch gegen die Verschärfung der Strafen bei Gewalt und Drohungen gegen Behörden und Beamten ist, macht sich mitschuldig», betont Max Hofmann und fordert:

«Nun braucht es definitiv eine härtere Gangart. Und wenn die Politikerinnen und Politiker das nicht selber einsehen, dann muss der Druck aus der Bevölkerung kommen.»

Der Generalsekretär denkt dabei an die schweizweite Online-Petition zur Verschärfung des Artikels 285 im Strafgesetzbuch (StGB).

Verband Schweizerischer  
Polizei-Beamter

**Noch mehr Attraktivität dank Gratisanwälten?! Nein zur Änderung des Asylgesetzes  
(Volksabstimmung vom 5. Juni 2016)!**

## Weiterentwicklung der Armee (WEA): SD unterstützen Referendum

Im Rahmen der sogenannten Weiterentwicklung der Armee (WEA) beschlossen die eidgenössischen Räte, den Gesamtbestand des Heeres von 220'000 Personen auf 100'000 zu reduzieren. Bereits mit der heutigen Kapazität an Angehörigen der Armee ist die Schweiz von der Fähigkeit einer selbstständigen Landesverteidigung weit entfernt.

Diese Reform würde einmal mehr konjunktursichere Arbeitsplätze, insbesondere in Randregionen, gefährden und hätte letztlich die Abschaffung der Milizarmee als solches zur Folge.



Die eidgenössischen Räte inklusive SVP wollen die Milizarmee abschaffen.

Eine Nation ohne glaubwürdige Verteidigung schafft gerade in den gegenwärtigen unsicheren Zeiten (islamischer Terrorismus) zusätzliche Angriffsfläche. **Ausserdem ist ein leistungsfähiges Heer zur Bewachung der Landesgrenzen vor den Flüchtlingsströmen von grösster Wichtigkeit.**

Die Schweizer Demokraten (SD) unterstützen deshalb das Referendum der Gruppe «Giardino» gegen diese Armee-reform und wollen sich auch aktiv daran beteiligen.

SD-Redaktion

## «Hornkuh-Initiative» stiess auf breite Unterstützung

Die «Hornkuh-Initiative» wurde am 23. März 2016 mit 120'589 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Der Urheber Armin Capaul, Bergbauer aus dem Berner Jura, und die IG Hornkuh möchten die Enthornung zwar nicht verbieten, **aber finanzielle Anreize schaffen, damit die Bauern darauf verzichten.** Sie fordern finanzielle Unterstützung für die Haltung von Kühen, Stieren, Ziegen und Ziegenböcken mit Hörnern. **Armin Capaul stellt sich einen jährlichen Betrag von Fr. 500.– für Kühe und Fr. 100.– für Ziegen vor.** Die Subventionen sollen gesamthaft nicht steigen, sondern nur umverteilt werden. **90 Prozent aller Schweizer Kühe sind ohne Hörner.**

Das Entfernen der Hornanlagen mittels Ausbrennen mit einem LötKolben ist trotz Betäubung für die Kälber noch lange



Nun kommt die Hornkuh-Initiative vors Volk. Die SD sammelten aktiv Unterschriften dafür!

schmerzhaft. Die Hörner sind ausserdem wichtig für den Stoffwechsel der Tiere und beeinflussen auch die Qualität der Milchproduktion.

Kühe mit Hörnern benötigen mehr Platz im Laufstall, darum ist ein kleiner finanzieller Zuschuss durchaus gerechtfertigt. **Wir freuen uns, dass die Initiative zustande kam, nicht zuletzt, weil wir auch bei der Unterschriftensammlung mitgeholfen haben.** Jetzt steht einer Volksabstimmung nichts mehr im Wege! Eine tierfreundlichere Haltung unserer Nationaltiere ist uns wichtig! Wir möchten überall in der Schweiz nur noch friedlich weidende Kühe mit Hörnern als stolzen Kopfschmuck sehen. Auf diese Weise gibt man den Tieren ihre Würde und Identität wieder zurück.

SD-Redaktion

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



**SD Stadt Bern: Höck** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Unterlattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

**Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

**Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer

jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

**Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 4. Mai 2016, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.



**Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

Weitere Anlässe bitte melden an:  
[info@sd-marktplatz.ch](mailto:info@sd-marktplatz.ch)

## Importverbot für Froschschenkel, Gänsestopfleber und Wildpelze

In der Schweiz sind die freilebenden Frösche zwar streng geschützt, doch die Einfuhr von gefrorenen Froschschenkeln und lebenden Fröschen zum Verzehr ist nach wie vor erlaubt. Gourmet-Restaurants, Feinkostläden und Supermärkte bieten sie überall an, vor allem in der Westschweiz. Ist den Schweizer Feinschmeckern überhaupt bewusst, was für Tierquälereien sie damit im Ausland unterstützen? Der grösste Teil der freilebenden Wasserfrösche werden in Indonesiens Reisfeldern und Tümpeln gefangen. **Lebendig und ohne jegliche Betäubung werden ihnen die Hinterbeine abgeschnitten und Kopf, Körper und Vorderbeine achtlos weggeworfen, sodass die Tiere erst nach 2 bis 3 Stunden qualvoll verenden.**

**Durch das Fehlen der Frösche als Insektenjäger wird das Ökosystem empfindlich gestört. Es kommt zu Mückenplagen und vermehrtem Auftreten von Malaria.**

Die Mückenschwärme werden mit Unmengen von Insektiziden bekämpft, mit schweren gesundheitsschädigenden Folgen für die Reisbauern und die ganze ansässige Landbevölkerung. Obwohl solche grausamen Schlachtmethoden in der Schweiz verboten sind, **dürfen Froschschenkel weiterhin eingeführt werden. Im Jahre 2014 wurden laut der Oberzolldirektion 91 Tonnen Froschschenkel, hauptsächlich aus Indonesien importiert, dafür mussten 5 bis 6 Millionen Frösche ihr Leben lassen.** Zusätzlich werden jährlich etwa 450'000 Frösche lebend aus der Türkei eingeführt und hier geschlachtet.

**Die Tiere werden nach einem Eisbad als Betäubung enthaupet, obwohl es keine Beweise gibt, dass diese Methode schmerzlindernd wirkt. Danach werden ihnen die Hinterbeine abgehakt und der Rumpf sowie auch die Vorderbeine entsorgt man als Abfall in der Verbrennung.**

Die Froschschenkel gelten bei den Gourmets weltweit als eine der beliebtesten Delikatessen, rund eine Milliarde Frösche werden jährlich in asiatischen Ländern (Indonesien, Indien und Bangladesch) gefangen. Die EU importiert pro Jahr 4600 Tonnen Froschschenkel, **dafür sterben 200 Millionen Frösche. Besonders in Frankreich,**

**Belgien, Holland, Luxemburg und Portugal sowie in der französischen Schweiz sind Froschschenkel sehr gefragt.** Angeblich schmecken sie wie junges, zartes Hähnchen, nur sei das Fleisch etwas weicher, fettiger und geschmacksneutraler, sodass noch mit Knoblauch und Petersilie nachgewürzt wird.

**Schon im Jahre 2009 reichte Maya Graf, Nationalrätin der Grünen Partei, eine parlamentarische Interpellation mit dem Titel «Froschschenkel – eine Delikatesse mit vielen Fragezeichen» ein.**

Am 19. März 2010 wurde die Diskussion im Nationalrat verschoben und am 23. Dezember 2011 abgeschrieben, da dieses Geschäft mehr als zwei Jahre hängig sei. Der Bundesrat erklärte, er sehe keinen Handlungsbedarf in dieser Sache, es liege in der Verantwortung der Konsumenten. **Das beweist einmal mehr, dass dem Bundesrat Tierschutzanliegen nicht wichtig sind!**

### Enten- und Gänseleberpastete

Fettleberpastete ist eine Delikatesse, die leider von vielen Schweizern sehr geschätzt wird, obwohl die Herstellung aus Tierschutzgründen verboten ist, wie in den meisten europäischen Ländern. Nur in Frankreich, Spanien, Ungarn, Belgien, Rumänien und Bulgarien ist diese brutale Mastmethode noch erlaubt. In Europa werden jährlich 400 Millionen weibliche Küken sofort nach dem Schlüpfen aussortiert und lebendig in den Schredder geworfen, weil nur die männlichen Tiere rentabel sind. **Den jungen männlichen Gänsen und Enten wird mehrmals täglich mittels Metallrohr und Hydraulik-Pumpe ein Kilogramm Maisbrei, vermischt mit Schweinefett, in Sekundenschnelle in den Magen gepumpt.** Falls ein Mensch gezwungen würde, täglich 20 kg Teigwaren zu essen, so hätte dies in etwa dieselbe Bedeutung.

**Durch diese Zwangsüberernährung vergrössert sich die Leber der Gänse und Enten um das 10-fache. Viele Tiere sterben vorzeitig an Bauchfellentzündung, Leberzirrhosen, Herz- und Kreislaufkollaps, Stoffwechselstörungen und infizierten Wunden.**

Kurz bevor sie an Organversagen sterben, werden sie geschlachtet. **Die Schweiz importiert pro Jahr**

**300 Tonnen Stopfleber aus Frankreich, Ungarn und Belgien.** In Frankreich werden 70% aller Enten und Gänse Europas zwangsgemästet, dies ergibt 19'000 Tonnen «Foie gras» für dekadente Genieser!

### Hummer, Kaviar und Pelze

Die bei uns eingeführten Hummer (jährlich 130'000 Tiere) stammen grösstenteils aus Nordamerika. Mit zusammengebundenen Scheren werden sie monatelang, ohne Nahrung und Wasser, lebendig in engen Styroporkisten gestapelt, in die Schweiz transportiert. Hummer besitzen ein hochentwickeltes Nervensystem und sind durchaus schmerzempfindlich. **Trotzdem werden sie lebendig in kochendes Wasser geworfen, wo sie einen äusserst qualvollen Tod erleiden. Diese Tötungsart ist auch in der Schweiz üblich, obwohl dies eindeutig als Tierquälerei bezeichnet werden muss.**

**Maya Graf, Nationalrätin der Grünen Partei, hat am 16. September 2015 eine Motion für ein Importverbot für lebende Hummer und Langusten eingereicht. Diese Tiere sollen nur noch tot und tiefgefroren in die Schweiz transportiert werden dürfen.**

**Der unbefruchtete Laich des Störfisches gilt überall in der ganzen Welt als exquisite Delikatesse für Reiche und Mächtigen-Prominente.** Aus diesem Grund sind die Bestände sehr zurückgegangen, sodass heute alle Störarten dem Artenschutz unterliegen. **Der Beluga-Stör ist schon fast ausgestorben, weil er den beliebtesten Kaviar liefert. Ein Kilogramm davon kostet über 10'000 Franken.** Raubfischerei und illegaler Kaviarhandel sind immer noch weit verbreitet. Heute wird der Stör zwar gezüchtet, doch auch da geht es rüde zu und her. Den lebenden Weibchen schlitzt man zur Gewinnung der Eier den Leib auf. **Die Schweiz führt jährlich 6000 kg Kaviar ein, zusätzlich werden immer mehr Störe bei uns gezüchtet, die Fische werden jedoch vor der Ei-Entnahme getötet.** Da der Stör ein Wanderfisch ist, kann er nicht artgerecht gehalten werden. Somit ist auch der Genuss von Kaviar aus Schweizer Zucht fragwürdig, jedoch vertretbarer als beim Kaviar aus dem Ausland. **Eine überparteiliche Allianz will diese Quälereien jetzt stoppen und fordert ein komplettes Importverbot**

**für alle tierquälerisch erzeugten Produkte. Matthias Aebischer, SP-Nationalrat, reichte am 10. September 2015 eine entsprechende Motion ein.**

Bisher wurde die Motion noch nicht im Bundesrat behandelt! Hoffentlich stimmt das Parlament seinem Vorstoss zu. **Von einem Importverbot betroffen wären Stopfleber, Froschschenkel und Pelze von Wildtieren.** Matthias Aebischer findet mit seinem Anliegen Unterstützung aus allen Parteien, auch von vielen Vertretern des Bauernstandes. Die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) und weitere Tierschutzorganisationen setzen sich auch aktiv für dieses Anliegen ein. 2015 wurde bekannt, dass viele Tierpelze im Verkauf falsch deklariert waren. **Echte Pelze wurden als Kunstpelze deklariert, weil ihre Herstellung billiger ist.**

**Die meisten dieser Pelze stammen aus China, wo die Wildtiere in kleinsten Käfigen gehalten und auf grausamste Weise getötet werden. Die Tierschutzpartei reichte deswegen am 6. Oktober 2015 eine Petition für ein Pelz-Importverbot ein.**

Pelze sind wieder im Trend, 2010 wurden 175 Tonnen und 2011 sogar 225 Tonnen, vorwiegend aus China und Finnland, importiert. Wer Pelz tragen möchte, sollte sich wenigstens für einheimische Pelze entscheiden! Jährlich werden in unseren Wäldern 40'000 Füchse abgeschossen und ihre Felle verbrannt, weil kein Markt für sie besteht. Was für eine Verschwendung! Die Schweizer Demokraten (SD) sind grundsätzlich gegen jegliche Tierquälereien und können diese nicht tolerieren.

**Wir verurteilen den Genuss von Froschschenkeln und Stopflebern. Die Einfuhr von Qual-Wildpelzen lehnen wir ebenfalls ab. Es ist scheinheilig und heuchlerisch, den Import solcher tierquälerischer Erzeugnisse zu erlauben, deren Herstellung in unserem Land zu Recht verboten ist.**

**Diese fragwürdige Doppelmoral ist unethisch, verantwortungslos und beschämend für ein modernes Land wie die Schweiz.**

Margrit Neukomm,  
Zentralvizepräsidentin, Bern



## L'Armée à la frontière: le Conseil fédéral doit agir

Depuis l'aggravation de la crise migratoire survenue à l'été 2015, des centaines de milliers de migrants ont débarqué sur les îles grecques de la mer Egée pour remonter les Balkans. Leur but est le plus souvent l'Allemagne et les pays scandinaves. Leur nombre est difficile à évaluer, mais il a dépassé le million (1,09 million) pour la seule année 2015, s'agissant uniquement de l'Allemagne; il doit être de l'ordre de 1,4 million pour l'ensemble de l'Europe. Du jamais vu. Tout porte à croire que cette crise d'une gravité sans précédent depuis des décennies va perdurer.

**Notre pays n'est pas épargné par ces mouvements de populations canalisés par le crime organisé, même s'il est, du moins encore pour l'instant, touché moins durement que d'autres.**

En effet, sa situation géographique le place quelque peu à l'écart de la route des Balkans, l'Autriche a décidé de contingenter le nombre des requérants d'asile depuis le 20 janvier dernier et la Macédoine a ultérieurement fermé sa frontière par mesure d'urgence, en ayant recours à l'armée. En outre, l'Union européenne a conclu un accord de réadmission avec la Turquie. Il est cependant à craindre que la pression

augmente sur la voie maritime vers l'Italie, donc sur notre frontière sud (région de Chiasso), et que la «route des Balkans» se déplace vers l'Albanie.

Dans ce contexte d'emprise étrangère massive, se pose la question du renforcement de la surveillance de notre frontière.

**Depuis le début de l'automne 2015, on entend de plus en plus souvent des appels tendant à renforcer le Corps des gardes-frontière par l'Armée.**

Par exemple lors de l'Assemblée nationale des délégués de l'UDC à Wil (SG) le 23 janvier dernier. Peu après, Petra Goessi, présidente du PLR, n'a pas non plus exclu l'apport de l'Armée. Enfin. **Seulement voilà: cette exigence, cela fait des années, des décennies même, que notre Parti la formule.** Jugez plutôt:

Nos programmes des législatures 1991–1994 (du 18 mai 1991), 1995–1999 et 1999–2003 prévoyaient expressément l'aide de l'Armée à la frontière, en ces termes: «Nous exigeons (...) que la protection des frontières suisses contre les immigrants clandestins soit renforcée pour devenir efficace (augmentation des effectifs de gardes-frontières, mise en œuvre de méthodes modernes de surveillance électronique,

formation et utilisation d'unités de l'Armée)» / «Wir fordern: (...) der Schutz der Schweizergrenze vor illegalen Eindringlingen ist wirksam zu verstärken (personnelle Aufstockung des Grenzwachtkorps, Einsatz moderner elektronischer Überwachungsgeräte, Ausbildung und Einsatz von Armeeeinheiten)» (ch. II.3 du programme).

**Notre programme de Parti adopté le 23 mars 2013 prévoit que «[l]e Corps des gardes-frontière doit être renforcé»** / «Das Grenzwachtkorps ist aufzustocken», avec la résiliation de l'accord de Schengen (ch. 1.7 du programme).

Dans le n° 7/8 2015 de notre journal, paru avant l'aggravation de la crise survenue dans la seconde moitié de l'été dernier, nous avons fait paraître un article d'une page intitulé «Asile: l'Armée doit renforcer le Corps des gardes-frontière»; le texte est disponible en ligne ([www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)).

Mais surtout, notre conseiller national Rudolf Keller avait, **le 11 décembre 1997 déjà, proposé la création de 500 postes supplémentaires au sein du Corps des Gardes-frontière pour diminuer les dépenses liées à l'asile et à la criminalité (immigration illégale, trafic d'êtres humains, trafic de drogue et contrebande / illegale Einwanderung, Menschen-schmuggel, Drogenhandel und**

Schmuggel)! Cette proposition clairvoyante a été rejetée par 129 voix contre 12.

Le texte intégral de l'intervention de Rudolf Keller se trouve sous: [http://www.parlament.ch/ab/frameset/f/n/4510/162187/f\\_n\\_4510\\_162187\\_162195.htm](http://www.parlament.ch/ab/frameset/f/n/4510/162187/f_n_4510_162187_162195.htm). Tout ceci est vérifiable au Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale sous la référence 97.061, Conseil national, Session d'hiver 1997, huitième séance / Nationalrat – Wintersession 1997, achte Sitzung, 11. Dezember 1997. Il s'agit de faits, pas d'opinions. Et nos parlementaires fédéraux sont intervenus à ce sujet à bien d'autres reprises encore.

Bref, une fois encore, **il s'avère que ce sont les Démocrates suisses qui, les premiers, ont fait preuve de clairvoyance et proposé des solutions aujourd'hui largement admises, en mettant en évidence la gravité de l'emprise étrangère et les risques d'une perte de contrôle de la situation.** Ou faut-il continuer à confier de fait à l'armée macédoienne la surveillance de notre frontière orientale? Qui a eu raison? Qui a eu tort de s'opposer à nous? A méditer! Et maintenant, des paroles aux actes!

*Adrian Pulver,  
secrétaire central, Berne*

## Non à la modification de la loi sur l'asile

Le 5 juin, nous votons sur une nouvelle modification de la loi sur l'asile. Encore une. Cette fois, il s'agit en particulier d'accorder des conseillers juridiques et des avocats gratuits aux requérants séjournant dans les centres fédéraux. Prétendument pour accélérer les procédures. C'est un leurre. **Car la question déterminante est que les requérants d'asile déboutés sont trop fréquemment autorisés à rester en Suisse. Le plus souvent à nos frais.**

**Nous leur offrons le gîte, le couvert, l'habillement et l'assurance-maladie – et nous devrions leur fournir en plus encore des avocats? De notre poche? En quel honneur?**

Alors que la Confédération prévoit des limitations budgétaires dans de

nombreux domaines, dont l'agriculture? **Si vous avez un litige avec l'administration (impôts, AVS, services sociaux, etc.) avez-vous le droit à un avocat gratuit aux frais des contribuables?** Bien sûr que non. De plus, l'avocat a intérêt à utiliser tous les moyens de droit pour son client – il est même tenu de le faire. Que l'on n'aille donc pas nous parler de raccourcir les procédures et d'économiser sur les frais d'assistance.

Il faut éviter tout ce qui peut intensifier la pression à notre frontière, donc augmenter le nombre des requérants par le bouche à oreille. Car il faut être cohérent. En effet, au moment où nous écrivons ces lignes, le Conseil fédéral fait savoir qu'il a décidé d'adapter les dates des CR de quatre corps de troupes afin que l'Armée soit prête à appuyer les

autorités civiles dans la maîtrise d'une situation extraordinaire causée par un afflux migratoire, en engageant jusqu'à 2000 hommes si nécessaire (communiqué du 12 avril 2016: <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiqués.msg-id-61326.html>; <https://www.admin.ch/gov/it/pagina-iniziale/documentazione/comunicati-stampa.msg-id-61326.html>).

Il est incompréhensible que ce soit justement au moment de la crise

migratoire la plus grave qu'ait connu le Continent européen depuis 1945 que la Suisse décide de baisser sa garde en introduisant un droit nouveau en faveur d'un petit nombre de personnes, donc au détriment de la majorité.

**Alors, ne créons pas un régime d'exception en faveur des requérants d'asile et de leur lobby. Votez NON le 5 juin.**

*Pierre-Maurice Vernay, secrétaire des DS Vaud, Remaufens*

### Consignes de vote pour les votations fédérales du 5 juin 2016

- Oui à l'initiative populaire «En faveur du service public»
- Non à l'initiative populaire «Pour un revenu de base inconditionnel»
- Non à l'initiative populaire «Pour un financement équitable des transports»
- Non à la modification de la loi fédérale sur la procréation médicalement assistée (LPMA)
- Non à la modification de la loi sur l'asile (LAsi)

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
Adrian Pulver,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)  
Rudolf Keller, e. Nationalrat /  
e. Landrat, Frenkendorf  
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden  
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,  
Nottwil  
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**  
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich  
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung  
\_\_\_ Ex. SD-Zeitungen zum  
Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## Asylreform produziert mehr «Sans-Papiers»

Am 5. Juni kommt die 12. Asylgesetzesrevision zur Abstimmung. Als Vorbild diente das holländische Modell. Es sollen zentrale Bundeszentren geschaffen, die Verfahren schneller abgewickelt werden und die Asylsuchenden einen kostenlosen Rechtsbeistand erhalten. Mehr als ein Jahr lang wurde im Zürcher Asylzentrum auf dem Juch-Areal das neue Verfahren getestet. Die Medien berichteten, dass sich das neue System bewährt hätte und die Asylverfahren rascher abgewickelt werden konnten.

**Was sie jedoch grösstenteils verschwiegen, ist die Tatsache, dass vom Testzentrum Zürich jeder dritte Asylsuchende spurlos verschwand, sobald er mit der sicheren Ablehnung seines Gesuchs rechnete.**

Die Beamten nennen das «unkontrollierte Ausreise», obwohl nur der kleinste Teil in ein anderes Land weiterzieht. Vielmehr bleiben diese Asylbewerber illegal hier. Ganze Familien tauchten unter und vergrössern so die Zahl der «Sans-Papiers» in der Schweiz. **Während in den bisherigen Asylzentren nur 10 Prozent der abgewiesenen Migranten untertauchen, sind es beim Zürcher Testzentrum mehr als 33 Prozent.**

**In der Schweiz leben schätzungsweise 250'000 illegale Einwanderer, die oftmals Nothilfe beziehen und deren Kinder zur Schule gehen. Solche Personen werden jedoch nicht ausgewiesen.**

Viele der «Sans-Papiers» arbeiten schwarz, das heisst sie bezahlen weder Sozialversicherungsabzüge

noch Steuern und schaden unserer Volkswirtschaft.

### Gratisanwälte und Enteignungen

Wenn jeder Asylsuchende einen Gratisanwalt erhält, wird die Anerkennungsquote steigen. Wir Schweizer können uns meist keinen Anwalt leisten, der unsere Interessen vertritt, doch für die Asylbewerber soll dies gratis sein? **Dadurch wird die Attraktivität der Schweiz für Flüchtlinge aus der ganzen Welt zusätzlich gesteigert!** Der kostenlose Rechtsbeistand informiert die Migranten vollumfänglich über ihre Erfolgsaussichten und den Zeitplan des Verfahrens. Bei negativen Asylentscheiden kennen sie die Termine der drohenden Ausschaffung, sodass sie rechtzeitig untertauchen können.

**Ein weiteres Argument gegen die Revision ist, dass der Bund nötigenfalls für Asylzentren Enteignungen durchführen dürfte. Das erinnert an totalitäre Methoden, und diese lehnen wir entschieden ab.**

Der Hauseigentümerverband reagierte mit Empörung und propagierte die Ablehnung dieser Revision.

### Flüchtlingsströme reissen nicht ab

Im Asylbereich werden immer mehr gutbezahlte Arbeitsstellen für Sozialarbeiter, Betreuer, Dolmetscher, Beamte und Anwälte geschaffen. **Die Kosten für das gesamte Asylwesen mit Integration, Krankenversicherung und Sozialhilfe werden in Zukunft unvorstellbare Höhen erreichen.** Die Steuerbelastung für uns alle wird ansteigen. Wir können als kleines

Land nicht noch mehr Asylanten aufnehmen, und doch ist kein Ende in Sicht. Im Gegenteil, im Sommer werden noch mehr Flüchtlinge über das Meer nach Italien kommen und in die Schweiz einreisen. Viele Nordafrikaner warten schon vor der Küste Libyens auf ein Schlepperboot, **obwohl sie gar keinen Asylgrund haben, aber auf ein besseres Leben hoffen.**

**Wir sollten unbedingt die Armee zur Bewachung unserer Südgrenze einsetzen, damit die Migranten kontrolliert und nur echte Flüchtlinge in unser Land hineingelassen werden.**

**Die Schweizer Demokraten (SD) können die neue Asylrevision nicht befürworten und empfehlen Ihnen, sie abzulehnen.** Das bestehende Asylgesetz ist in Ordnung, es sollte nur konsequent durchgesetzt werden!

SD-Redaktion

### Abstimmungsparolen für den Urnengang vom 5. Juni 2016

- Ja zur Volksinitiative «Pro Service public»
- Nein zur Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»
- Nein zur Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»
- Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizin-gesetz, FMedG)
- Nein zur Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

## Das Testament – Die letztwillige Verfügung

*Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten*

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

**Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.**

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, schweizer-demokraten@bluewin.ch  
Sie können sich auch an folgende Person wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch